

## Bericht der Vollversammlung vom 13. Juni 2023

### Begrüßung

Herr Präses Goldbeck begrüßt die Mitglieder der Vollversammlung in Präsenz sowie virtuell über Teams. Als ständige Gäste begrüßt er Frau Olivia Althaus-Apmann, Vertreterin der WAK-Förderstiftung, Herrn Axel Blankenburg, Präses der Kaufmannschaft zu Lübeck sowie Herrn Nico Federsel, Sprecher der Wirtschaftsjuvenen Lübeck. Ferner heißt Präses Goldbeck als Gäste Herrn Gerrit Gramer, Referatsleiter Politische Koordination bei der DIHK, Herrn Peter Weltersbach, Leiter der Geschäftsstelle der IHK S-H sowie Nils Offer, Leiter des Arbeitskreises Künstliche Intelligenz der IHK Lübeck willkommen. Präses Goldbeck gratuliert Herrn Offer zur Wahl in den Vorstand des HanseBelt e.V. Begrüßt werden auch die hauptamtlichen Mitarbeiter der IHK zu Lübeck.

Es folgt eine Probeabstimmung mit dem elektronischen Abstimmungstool.

### TOP 1

#### Formales

##### 1.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgesehen einstimmig angenommen.

##### 1.2 Protokoll der Sitzung vom 28. März 2023

Das Protokoll der Sitzung vom 28. März 2023 wird ohne Änderungen einstimmig angenommen.

##### 1.3 Verpflichtung neuer VV-Mitglieder

Die neuen Vollversammlungsmitglieder, Herr Marcus Landschof, Herr Olaf Eggert, Frau Friederike C. Kühn, Herr Ulf Pielke und Herr Dr. Eric Bochmann werden von Präses Goldbeck durch Handschlag verpflichtet. Es folgt die Unterschrift im Eidbuch der IHK zu Lübeck.

##### 1.4 Änderung der Satzung betreffend die Schulung, die Prüfung und die Erteilung des Schulungsnachweises für Gefahrgutbeauftragte

Herr Dr. Hoffmeister erläutert, dass die IHK zu Lübeck vom Gesetzgeber beauftragt ist, die Schulung, Prüfung und die Erteilung des Schulungsnachweises für Gefahrgutbeauftragte zu gewährleisten. Die derzeit gültige Satzung bedarf einer Änderung, da in Zukunft auch Online-Schulungen angeboten werden sollen.

Die Prüfung der Schulungsanbieter, Lehrkräfte und Kurspläne obliegt gemäß gemeinsamer Vereinbarung zwischen der IHK zu Lübeck und der IHK zu Flensburg "Zuständigkeit für die Wahrnehmung von Aufgaben der Anerkennung und Modifikation der Anerkennung von Schulungen für Gefahrgutbeauftragte" weiterhin der IHK zu Flensburg.

Eingearbeitet wurden für die IHK zu Lübeck Ergänzungen zur Durchführung von online-Schulungen. Das Genehmigungsverfahren für die Schulungsanbieter wird für ganz Schleswig-Holstein weiterhin bei der IHK zu Flensburg liegen.

Auf Nachfrage erläutert Herr Dr. Hoffmeister, dass die Umstellung auf Online-Schulungen für weitere Berufe von Bundesvorgaben abhängt, die sukzessive umgesetzt werden sollen.

**Die Vollversammlung der IHK zu Lübeck beschließt einstimmig die Änderung der Satzung laut vorab versandter Anlage.**

**TOP 2 Wirtschaftspolitische Positionen der Kammerorganisation und Politikberatung auf europäischer und Bundesebene**

**2.1 IHK Konsultation Europapolitische Positionen**

Herr Weltersbach führt aus, dass anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament in 2024 die Genehmigung einer aktuellen Fassung der Europapolitischen Positionen der IHK-Organisation (EuPos) ansteht. Der bisherige Ablauf wird kurz skizziert:

- März 2022: Start des Konsultationsprozesses für die neuen EuPos - beginnend mit der Erstellung eines ersten Entwurfs unter Einbeziehung des Hauptamtes der IHKs bzw. der Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs).
- Juni 2022: Über die IHKs/LAGs Diskussion eines ersten Entwurfs in und mit den ehrenamtlichen Gremien und anschließende Rückmeldung an den DIHK.
- August 2022: der Cyber-Angriff auf die IHK-Organisation hat eine verlässliche weitere Abstimmungsarbeit über 79 IHKs, 12 LAGs und ihre Gremien faktisch unmöglich gemacht, so dass die Finalisierung der EuPos und deren geplante Verabschiedung in den DIHK-Gremien im November 2022 bis auf weiteres ausgesetzt wurde.
- Dezember 2022: Wiederaufnahme des Konsultationsprozesses. Erstellung einer zweiten Entwurfsfassung auf Basis der bis dato zugeliferten Hinweise.
- Januar 2023: Abschluss der finalen Abstimmungsrunde im Hauptamt.
- Letzte moderate Anpassungen hat die DIHK noch einmal vorgenommen und als finale Fassung für die Beschlussfassung in den DIHK-Gremien vorgelegt.
- Durch die o.g. Sondersituation ist eine erneute Einbeziehung der ehrenamtlichen IHK/LAG-Gremien an dieser Stelle weitgehend ausgeblieben.
- Februar 2023: Versand der finalen Beschlussvorlage für die DIHK-Gremien
- März 2023: Einstimmige Annahme der EuPos in den DIHK-Gremien inkl. Vollversammlung

Die EuPos sind in der durch die DIHK-Vollversammlung beschlossenen Version nun noch in der Vollversammlung der IHK zu Lübeck anzunehmen. Nach entsprechendem Beschluss sind die EuPos ein Glied der IHK-individuellen Beschlusslage, auf deren Grundlage auch auf IHK-Ebene eine öffentliche Äußerung zu wirtschaftsrelevanten Fragestellungen möglich ist. Das Präsidium der IHK zu Lübeck hat in seiner Sitzung vom 28. März 2023 die EuPos beraten und empfiehlt der Vollversammlung der IHK zu Lübeck die Europapolitischen Positionen der IHK-Organisation zu beschließen.

Herr Weltersbach erläutert auf Nachfrage, dass die EuPos für die gesamte IHK-Organisation als Grundlagenpositionen, sog. Positionsteppich, dienen sollen. Der IHK steht es frei, eigene, auch landesspezifische Forderungen zu formulieren oder diese zu ergänzen bzw. davon abzuweichen.

Vizepräses Brüggens vermisst zwei Themenkomplexe: 1) Es braucht ein Belastungsmoratorium, um Bürokratie zu stoppen. 2) Es sollten sowohl national als auch EU-weit die Standortbedingungen im Bezug auf mögliche Cybercrime-Angriffe verbessert werden. Hauptgeschäftsführer Schöning ergänzt, dass das Thema Bürokratieabbau im Kapitel Mittelstand aufgeführt wird. Das Thema Cybercrime sollte über die DIHK und auch in Brüssel auf die politische Agenda kommen. Eine Gelegenheit könnte sich bei dem Europäischen Parlament der Unternehmen bieten (vgl. hierzu TOP 2.2.)

**Die Vollversammlung der IHK zu Lübeck beschließt einstimmig bei einer**

## **Enthaltung die Europapolitischen Positionen der IHK-Organisation.**

### 2.2 Europäisches Parlament der Unternehmen

Herr Weltersbach gibt einen Überblick über Aufgaben und Funktionsweise des Europäischen Parlamentes der Unternehmen, welches zum sechsten Mal am 13. und 14. November 2023 in Brüssel tagen wird. Analog zur Größe des Europaparlamentes kommen mehr als 700 Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Europa zusammen, um wirtschaftsrelevante Themen zu diskutieren. Die 96-köpfige deutsche Delegation besteht aus Unternehmerinnen und Unternehmern der IHK-Organisation, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und den Wirtschaftsuniönen. Für Schleswig-Holstein stehen dabei ein Platz pro IHK zur Verfügung.

Inhaltlich wird es um drei Schwerpunktthemen gehen: Berufliche Kompetenzen, Energie und Handel.

Bei Interesse können sich die Mitglieder der Vollversammlung gern an ihre IHK wenden.

### 2.3 Politische Planung der DIHK

Herr Gramer berichtet über die politische Interessenvertretung der DIHK in Zusammenarbeit mit den IHKs. Ziel ist es, von der Politik als Gesamtorganisation wahrgenommen zu werden und damit die Interessen der Unternehmen bestmöglich zu vertreten. Durch die einzigartige Struktur der IHK-Organisation können sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene Themen optimal im politischen Kontext eingebracht werden. Politische Entscheidungsträger beachten Positionen und Stellungnahmen der IHK-Organisation besonders, weil wir das Gesamtinteresse und nicht ein Partikularinteresse vertreten. Derzeit kommt der Politikberatung bei Bundesratsinitiativen eine erhebliche Bedeutung zu. Für ein erfolgreiches Vorgehen braucht man nicht nur ein funktionierendes Netzwerk, sondern auch genaue Kenntnis über Termine beziehungsweise den Zeitplan von politischen Entscheidungsprozessen. Ein gutes Beispiel für die Funktionsweise der Gesamtinteressenvertretung durch die IHK-Organisation war das Thema Unternehmenssanktionsrecht, bei dem es gelang, den Gesetzgebungsprozess im Interesse der Unternehmen zu stoppen.

Herr Gramer ermuntert die Mitglieder der Vollversammlung, sich im Bereich der Interessenvertretung zu engagieren, da durch glaubhafte Praxisbeispiele aus der Unternehmerschaft am besten die Sicht der Wirtschaft vorgebracht werden kann.

### 2.4 Bericht aus dem DIHK-Ausschuss Mittelstand

Herr Pielke berichtet über die konstituierende Sitzung des DIHK-Ausschusses Mittelstand. Herausfordernd sei die stetig zunehmende bürokratische Belastung der Unternehmen. Beispielhaft erläutert er die im Zusammenhang mit der Einführung des Lieferkettengesetzes bestehenden Dokumentationspflichten. Der Ausschuss bietet eine gute Gelegenheit, die Themen und Blickwinkel des schleswig-holsteinischen Mittelstandes auf Bundesebene einzubringen.

## **TOP 3**

### **Wirtschaftspolitische Positionen und Politikberatung der IHK Schleswig-Holstein und IHK zu Lübeck**

#### 3.1 Instrumente der Politikberatung der IHK zu Lübeck und der IHK S-H

HGF Schöning gibt einen Überblick über die Instrumente der Politikberatung. Zunächst ist festzustellen, dass die IHK Lübeck nicht allein, sondern gemeinsam mit vielen Akteuren im Bereich der Interessenvertretung agiert. Beispielhaft sind nicht

nur die DIHK, die IHK-Nord sowie die Landesarbeitsgemeinschaft IHK Schleswig-Holstein zu nennen. Je nach Themenschwerpunkt kooperiert die IHK beispielsweise mit anderen Verbänden, Wirtschaftsförderern, Hochschulen oder den Arbeitsagenturen. Entscheidend ist die Bedeutung des Ehrenamtes, das nicht nur im Bereich der Aus- und Weiterbildung, sondern auch in der Arbeit der Gremien von Ausschüssen, Netzwerken und Wirtschaftsbeiräten wichtigen Input für die Politikberatung liefert. Konkrete Instrumente sind dabei Umfragen, Stellungnahmen, Positionspapiere, Veranstaltungen, Dialogtreffen sowie unsere Ausschüsse und Wirtschaftsbeiräte. Wichtig bei der Politikberatung sind vor allem ein funktionierendes Netzwerk und das richtige Timing.

### 3.2 Wirtschafts-Workshop der IHK S-H am 5. Oktober 2023

Herr Weltersbach berichtet über den geplanten IHK Schleswig-Holstein Wirtschaftsworkshop mit der Landesregierung. Erstmals soll unter Beteiligung der Ministerialverwaltung ein Workshop zu dem Thema „Schleswig-Holstein wird erstes klimaneutrales Industrieland – echt?“ durchgeführt werden. Gemeinsam mit dem Ehrenamt sollen vorrangig die Themen Energie, Infrastruktur und Fachkräfte behandelt und konkrete Ansatzpunkte für Lösungen entwickelt werden.

HGF Schöning bitte die Mitglieder der Vollversammlung konkrete Problempunkte zu diesen Themen aus der Praxis direkt über den Teamskanal der Vollversammlung zu übermitteln.

### 3.3 Stromgebotszonen

Frau Ostertag erläutert, dass nicht nur die Energiepreise bundesweit seit Ende 2021 gestiegen sind, sondern gerade im Norden Deutschlands auch die Strom-Netzentgelte exorbitant angewachsen sind. Das liegt zum einen am starken Anteil Erneuerbarer Energien, die im Verteilnetz angeschlossen werden. Der dafür nötige Verteilnetzausbau wird aufgrund veralteter Marktstrukturen nur auf die Verbraucher in diesem Netz umgelegt. Zum anderen liegt es an der Abregelung der Windkraft aufgrund von Engpässen, die aber über die Netzentgelte an die Erzeuger vergütet werden muss. Beides wird von den Unternehmen in der Region als ungerecht empfunden und ist Kernpunkt vieler Diskussionen.

Die Kammern im Norden haben analog zu der bereits vor einigen Jahren umgesetzten bundesweiten Wälzung der Übertragungsnetzentgelte einen bundesweiten Ausgleich auch für die Verteilnetze gefordert, der auch von den Norddeutschen Bundesländern mitgetragen wird. Die Süddeutschen Länder wehren sich dagegen standhaft. Durch eine Verschiebung der Entscheidungskompetenz auf die Bundesnetzagentur soll dieser Konflikt gelöst werden. Aktuell ist die dafür nötige Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes in der politischen Abstimmung.

Parallel dazu hat auf der Basis eines Vorschlages der EU-Netzregulierungsbehörde der Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein, Tobias Goldschmidt, eine Diskussion um verschiedene Strompreis-zonen in Deutschland angestoßen. In einer gemeinsamen Sitzung der drei Energieausschüsse der Kammern in Schleswig-Holstein im März 2023 wurde mit dem Staatssekretär des MEKUN, Joschka Knuth, über dieses Thema diskutiert und im Anschluss daran eine Positionierung für die Vollversammlungen der drei Kammern vorbereitet.

Die sehr gute fachliche Diskussion hat zwar keine konkreten Gestaltungsvorschläge erbracht, aber gute Eckpunkte, die bei einer zukünftigen Ausgestaltung von Stromgebotszonen aus Sicht der schleswig-holsteinischen Unternehmen zu beachten wären.

Das Präsidium bittet um eine redaktionelle Änderung in der ersten Forderung des Papiers: „Die Stromgebotszonen sind so zu gestalten, dass eine großflächige

Balancierung von Angebot und Nachfrage durch eine geringe Anzahl von Gebotszonen zu erreichen ist.“ Das Präsidium empfiehlt der Vollversammlung der IHK zu Lübeck das Papier zu den Stromgebotszonen mit der zuvor genannten Änderung zu beschließen.

**Die Vollversammlung der IHK zu Lübeck beschließt das vorgelegte Papier zu den Stromgebotszonen mit vorgenannter redaktioneller Änderung des Präsidiums einstimmig bei einer Enthaltung.**

### 3.4 Energieeffizienzgesetz

Frau Ostertag berichtet zum Thema Energieeffizienzgesetz. Das Bundeskabinett hat am 19. April 2023 den Entwurf eines Energieeffizienzgesetzes verabschiedet, der sich nun im parlamentarischen Verfahren befindet. Seit Herbst letzten Jahres existierte schon ein „durchgestochener“ Entwurf, der gern als „Leak“ bezeichnet wurde. Diesen Entwurf haben wir auch der DIHK/IHK Ebene bereits bewertet, weil sich auch andeutete, dass geforderte Stellungnahmen dazu kurze Fristen haben würden.

Es ist derzeit nicht abzuschätzen, wie am Ende das Gesetz aussehen wird. Gerade das Thema Verpflichtung der Unternehmen zur Umsetzung der wirtschaftlichen Maßnahmen wird kontrovers diskutiert. In jedem Fall gibt es weiterhin konkrete und sehr ambitionierte Einsparziele bis 2045, dem Jahr der angestrebten Klimaneutralität.

Für das weitere parlamentarische Verfahren suchen wir konkrete Aufwandsabschätzungen zu den neuen Verpflichtungen: personell, technisch, organisatorisch und finanziell z.B. auch für die Einführung von Energiemanagement - oder Umweltmanagementsystemen, die Abwärmekartierung, Maßnahmenbewertung und -umsetzung sowie die Benennung konkreter Beispiele zu weiteren Problemen: bspw. fehlende Wärmesenken, Finanzmittel für eigene EE-Erzeugung vs. Effizienz, Lieferzeiten, fehlende Angebote usw.

### 3.5 Nationalpark Ostsee

Herr Braatz gibt einen Überblick über das Thema Nationalpark Ostsee. Ausgehend von dem Koalitionsvertrag hat das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein (MEKUN) den öffentlichen Dialog über Perspektiven und Chancen eines neuen Nationalparks in der schleswig-holsteinischen Ostsee gestartet. Ziel des Konsultationsprozesses ist es, die Chancen eines Ostsee-Nationalpark auszuloten und zur Mitte der Legislaturperiode (Mitte 2024) innerhalb der Landesregierung zu entscheiden, ob und in welcher Form sie dem Parlament einen neuen Nationalpark in der Ostsee vorschlagen will. Bei einer positiven Entscheidung würde ein Gesetzesentwurf vorgelegt und das formelle Beteiligungsverfahren angestoßen werden. Auf Nachfrage ergänzt Herr Braatz, dass es derzeit noch um das „ob“ einer Regelung geht und dies Gegenstand des derzeit laufenden Konsultationsprozess sein soll.

Herr Eggers ergänzt den Bericht aus Sicht der Interessengemeinschaft Nationalpark Ostsee. Die Ostsee brauche einen stärkeren Schutz. Es sei allerdings fraglich, ob ein Nationalpark das geeignete Instrument sei, diesen Schutz zu gewährleisten. Er befürchtet, der Tourismus werde durch die Einrichtung eines Nationalparkes insbesondere in Ostholstein stark beeinträchtigt. Dies betrifft insbesondere Freizeit- und Wassersportangebote auf Fehmarn.

HGF Schöning sieht die Diskussion über Einrichtung eines Nationalparkes als wichtiges Thema der Politikberatung an und appelliert an die Mitglieder der Vollversammlung, sich bei den anstehenden Konsultationen und Diskussionen mit der Politik zu beteiligen.

### 3.6 Tourismus im Hansebelt – Standortpolitische Positionen

Frau Severin gibt einen Überblick über das standortpolitische Positionspapier. Die IHK zu Lübeck wurde in der Vergangenheit immer wieder gebeten, sich zu einzelnen touristischen Vorhaben im Hansebelt zu positionieren. Mit den Standortpolitischen Positionen zum Tourismus im Hansebelt soll die Bedeutung des Tourismus für die Region hervorgehoben und grundsätzliche Leitlinien für die (räumliche) Weiterentwicklung der Standorte formuliert werden.

Das Papier ist eine Arbeitshilfe, auf deren Basis sich die IHK zu touristischen Vorhaben und kommunalen Planungen positionieren kann. Gleichzeitig soll es auch eine Unterstützung für die Kommunen sein, um die Flächenentwicklung in den Ortslagen zu steuern. Ziel ist dabei ein Gleichgewicht zwischen den innerstädtischen Funktionen, zwischen Bürgern und Tourismus, zwischen Wohnen und Beherbergung, zwischen moderner Mobilität und Verkehrsengpässen herzustellen. Dazu zählt auch Qualität, Nachhaltigkeit und räumliche Verantwortung (u.a. der Kommunen). Am Ende steht die kommunale Steuerung, die alles zusammenführt. Zielgruppe des Papiers sind die Kommunen, Bauämter, Planungsabteilungen, Kommunalpolitik, Investoren, Stadtplaner und im weiteren Sinne auch die Betriebe.

Der Tourismus ist für den Hansebelt einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige. Eine erfolgreiche Wertschöpfung bedarf einer engen Verzahnung der Zielgruppe und Akteure. Die IHK kann ihre Rolle als Bindeglied in diesem Branchencluster gezielt durch standortpolitische Empfehlungen einsetzen. Dieses Positionspapier Tourismus bildet dazu eine Grundlage mit den Schwerpunktthemen: Kennzahlen, Standortfaktor, Wohnen, Einzelhandel und Zentren, Mobilität und die kommunale Steuerung.

Der Tourismusausschuss der IHK zu Lübeck hat den Entwurf des Positionspapiers geprüft und der weiteren Verwendung am 30. April 2023 zugestimmt. Nach Beschlussfassung in der Vollversammlung ist die Finalisierung des Papiers und Veröffentlichung durch ein Pressegespräch geplant.

Frau Dr. Bednarski weist auf die Bedeutung der sozialen Infrastruktur hin. HGF Schöning ergänzt, dass dieser wichtige Punkt bereits im Leitbild der IHK Schleswig-Holstein „Für starke Zentren durch integrierte Stadtentwicklung“ aufgegriffen wurde.

Frau Kühn fragt, ob die Position auch von der IHK Schleswig-Holstein beschlossen werden soll. HGF Schöning erläutert, dass die Teilregionen vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen und daher zunächst die Position der IHK zu Lübeck geplant ist. Dies sei kein Widerspruch zu der Positionierung der IHK SH, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Vicepräsident Buhck schlägt vor, dass das Papier zunächst von der IHK zu Lübeck verabschiedet werden sollte. Anschließend könne es als Grundlage für eine gemeinsame Positionierung der IHK SH genutzt werden.

**Die Vollversammlung der IHK zu Lübeck beschließt den vorliegenden Entwurf des Positionspapiers „Tourismus im Hansebelt – Standortpolitische Positionen“ einstimmig bei 6 Enthaltungen.**

## TOP 4 **Verschiedenes**

### 4.1 Azubi-Kampagne

Herr Grothkopp teilt mit, dass die Azubi-Kampagne gut angenommen worden ist. Es gebe sowohl bei der Presseberichterstattung als auch im Bereich Social-Media eine sehr gute Resonanz. Aktuell gehe es darum, auch die Unternehmen und Schulen stärker einzubinden. Um die Kampagne auch im Umfeld der Azubis sichtbar zu machen, erhält jeder neuer Auszubildende ein Ausbildungskit u.a. mit einer Handyhalterung und einer Thermosflasche mit entsprechenden Werbemotiven. Außerdem sollen Auszubildende durch ein Schreiben ermutigt werden, Kontakt mit

der IHK aufzunehmen, wenn Probleme auftreten. Herr Dr. Bochmann ergänzt, dass nicht nur der Erstzugang zur Ausbildung, sondern die ganze Prozesskette wichtig ist. In Hamburg können teilweise Prüfungsausschüsse nicht mehr besetzt werden.

Frau Kühn weist auf den nächsten FiFin-Kongress (Frauen in Führung im Norden) hin, der am 12. Oktober 2023 in den Media Docks in Lübeck zu dem Thema Arbeiten in der digitalen Welt stattfindet wird. Als Key-Note-Speaker konnte Caroline Wiese von der Signal Iduna a.G. gewonnen werden.

Am 13. und 14. September 2023 findet zudem die nächste DIHK Business Women Veranstaltung in Dortmund statt.

Außerdem bewirbt Frau Kühn das Sommerfest „Frauen auf der Bühne“, das am 07. Juli 2023 auf dem Gut Basthorst stattfinden wird und Unternehmerinnen und Frauen in Führungsverantwortung neue Möglichkeiten der Vernetzung bieten soll.

Präses Goldbeck dankt zum Abschluss Herrn Dr. Hoffmeister für seine langjährige Tätigkeit als Leiter des Geschäftsbereiche Aus- und Weiterbildung und wünscht ihm für den anstehenden Ruhestand persönlich alles Gute. Herr Dr. Hoffmeister bedankt sich bei dem Präsidium, der Hauptgeschäftsführung und der Vollversammlung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und dafür, dass der wichtige Bereich Aus- und Weiterbildung in den vergangenen Jahren so gut Gehör gefunden hat.

Präses Goldbeck erinnert an den Termin des Jahresempfanges, der am 27. Juni 2023 in der MuK stattfinden wird. Alle Vollversammlungsmitglieder sind hierzu herzlich eingeladen.